

Dresdner Neueste Nachrichten

Abonnementspreise: Die 26 von dreizehn Seiten bestehende Zeitung für außerwärts 0,50 Reichsmark. Die Zeitung für außerwärts 1,00 Reichsmark. Die Zeitung für außerwärts 2,00 Reichsmark. — Die Preisliste für Druckarbeiten befindet sich auf Seite 10. — Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Für den halben Monat 1 R. Mark
für den vollen Monat 2 R. Mark
für den vollen Monat 2 R. Mark
für den vollen Monat 2 R. Mark
für den vollen Monat 2 R. Mark

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 20024, 27981, 27982, 27983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postfach: Dresden 2060

Nr. 167

Dienstag, 20. Juli 1926

XXXIV. Jahrg.

Rapider Fall des Franken

Die Folgen der neuen französischen Kabinettskrise — Scharfe amerikanische Kritik an Frankreich — Die soziale Gärung in Japan

Unruhen in Japan

Sonderfahrdienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

2 Tokio, 19. Juli. (Durch United Press)

In der Stadt Nagasaki ist es zu ersten Zusammenstößen gekommen, die nach weiteren Ausbreitungen noch zu erwarten sind. Am Sonntag nachmittag versammelte sich ein Demonstrationszug von 15000 Personen, um gegen die Politik des unbeliebten Premierministers Inomoto zu protestieren. Die Menge zog vor die Präfektur und forderte, daß der Präfektur ein solches Verhalten abgelehnt werde. Als Inomoto sich weigerte, diesem Verlangen nachzukommen, kümte die erregte Menge die Präfektur und schlug auf den Präfekten ein, bis er zusammenbrach und schwer verletzt in ein Krankenhaus geschafft werden mußte. Darauf kümte die erregte Menge in die Wohnung des Polizeipräsidenten, die vollständig zerstört wurde. Die Polizei, die versuchte, sich dem Aufruhr entgegenzusetzen, wurde übermächtig. Insekt erklärte die immer aufgeregter werdende Menge das Gebäude einer Zeitung, die den Präfekten unterstützt hatte, und zerstörte einen großen Teil der Maschinen und die Redaktionsräume. Die japanischen mobilisierten Truppen gelang es dann endlich, die Menge zu zerstreuen und weitere Verwüstungen zu verhindern. Es wurde eine große Anzahl von Verhaftungen vorgenommen, und man rechnet mit weiteren Zusammenstößen.

Furcht vor Ermordung in Griechenland

Telegramm unseres Korrespondenten

London, 19. Juli. Einer Athener Meldung des „Daily Express“ zufolge veröffentlicht General Panagiotis einen Aufruf an das griechische Volk, in dem er mitteilt, daß ihn politische Gegner ermorden wollen. Panagiotis lehnt die Vermehrung der ehemaligen griechischen Ministerpräsidenten ab: Papagos, Karamanlis und Vassilakos. Teile der Ex-Präsidenten sollen auf eine Insel im Ionischen Meer verbannt werden.

In Bulgarien

Telegramm unseres Korrespondenten

London, 19. Juli

In einigen Kreisen wird mitgeteilt, daß sich König Boris von Bulgarien zu seinem Vater, dem Erzherzog Ferdinand, nach Coburg begeben habe. Dort soll er eine Botschaft mit seinem Vater gehabt haben und sich bereit auf der Reise nach den kaiserlichen Kreisen des Erzherzogs in Bulgarien befinden. Man glaubt ferner eine Neuerung des Königs Boris vor seiner Abreise. Er soll, so heißt es, nicht daran, nach Bulgarien zurückzukehren, um sich zu erweisen zu lassen.

Verstärkung des serbisch-bulgarischen Konflikts

Telegramm unseres Korrespondenten

London, 19. Juli. Der serbisch-bulgarische Grenzkonflikt hat sich erneut verschärft. Die jugoslawische Regierung hat in Sofia erklären lassen, daß sie in dem nächsten vier Wochen energische Maßnahmen ergreifen werde, um die jugoslawischen Grenzen, die angeblich von der bulgarischen Regierung mit Waffen und Geld erhalten, zu bekämpfen. Ein solches Vorgehen der jugoslawischen Regierung könnte zu weiteren ernsthaften Zwischenfällen führen. Das bulgarische Kabinett teilte jedoch in Sofia mit, daß über alle Schritte, die in der nächsten Zeit getan werden sollten, der Völkerverbund sowie auch die Mitglieder der Kleinen Entente unterrichtet würden.

Die Junkerwerke in Persien

Telegramm unseres Korrespondenten

London, 19. Juli

Dem „Daily Express“ zufolge hat die persische Regierung mit den Junkerwerken in Dehli einen Vertrag abgeschlossen, in dem die Organisation eines Post- und Passagierdienstes auf persischem Gebiet vorgesehen ist.

Statt Caillaux Poincaré?

Herriots Verhandlungen mit der Rechten

Telegramm unseres Korrespondenten

Paris, 19. Juli

In den heutigen frühen Morgenstunden wurde bekannt, daß Herriot erste Kombination, der Versuch, sich mit dem rechtsstehenden Abgeordneten Marin zu verständigen, gescheitert sei. Herriot erfuhr eine scharfe Zurückweisung, da er die Voten der Ministerpräsidenten und des Außenministers für sich verlangte. Die rechtsstehenden Gruppen haben gestern abend beschlossen, Herriot wohl in ein Kabinett anzunehmen, doch mit dem Führer der Rechten, dem Marquis de Castellane, der sich nicht zu unterhandeln, falls er die Ministerpräsidenten für sich persönlich verlangen sollte. Auch in Bezug auf die Kandidatur neuer Ministerpräsidenten machen die Nationalisten Vorstöße, die Herriot schwerlich annehmen kann. Die Situation ist äußerst ernst. Die Verhandlungen Herriots mit dem Sozialistenführer Blum schienen sich gleichfalls sehr schwierig, obwohl die Sozialisten in einem Brief an Herriot versicherten, sie würden ein Kabinett Herriot, dessen Zusammensetzung ihnen sympathisch wäre, die Unterstützung nicht verweigern. Herriot betrachtet ein Verbot in dieser Form als unannehmbar und sucht härtere Garantien zu erlangen. Ein solches Entgegenkommen wird den Sozialisten aber unmöglich sein, da auf dem Sozialistenkongress in Clermont Ferrand beschlossen wurde, keiner bürgerlichen Regierung mehr zu gewähren als im Höchstmaß „wohlwollende Neutralität“. Die Erklärungen, die Herriot gestern abend den Journalisten machte, enthalten denn auch einen erheblichen pessimistischen Kern. Der Kammerpräsident appelliert natürlich an „das nationale Empfinden“. Er erklärte, daß ihm ausschließlich und allein daran gelegen sei, die Finanzen Frankreichs „zu ordnen“. Aber auf die Frage einzelner Journalisten, wie weit er bei der Zusammenstellung seines Kabinetts nach rechts gehen werde, entgegnete Herriot, daß darüber noch nichts Bestimmtes gesagt werden könne. Mehrere einflussreiche Mitglieder der Rechten sind heute mittag Herriot'sche Gesandtschaften mit Poincaré ab. Von dieser Unterredung wird überhaupt das Schicksal der Kombination Herriot abhänig sein. Epitaphien haben sich auf eine Erklärung des Sozialistenführers Blum, der in Clermont Ferrand sagte: „Ich würde auch einer Regierung meine Zustimmung geben, wenn Poincaré dabei ist, vorangeht, daß ein solches Kabinett und Sozialisten einige Zugeständnisse macht.“

Die Pariser Morgenpresse ist sehr heftig. Die linksstehenden Zeitungen warnen Herriot, sich mit Marin oder Bokanowski zu verständigen, denn in diesem Falle würde er das Vertrauen seiner Wähler in größter Weise verletzen. Die Stimmung im Senat soll Herriot sehr unglücklich sein. Angesehene Senatoren erklärten, der Kammerpräsident habe durch seine Intervention eine Lage geschaffen, deren Konsequenzen unabsehbar wären. Senatpräsident Selves hat Herriot Vorwürfe darüber gemacht, diese Krise heraufbeschworen zu haben. Im Senat

Parlamentarische Sitten in Weimar

Dinter rächt sich — Der Lohschläger Müller-Brandenburg

× Weimar, 18. Juli. Nach der letzten Landtags-

sitzung kam es in dem sogenannten Klubsaalzimmer zwischen dem vormaligen Abgeordneten Dr. Dinter und dem sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Ried zu einem Zusammenstoß, in dessen Verlauf Dr. Dinter dem Dr. Ried mehrere Schläge in den Nacken versetzte. Die Rufe des Abgeordneten Dr. Ried sind zu hören und geräusch. Dr. Ried hatte bekanntlich, wie wir berichteten, schwere Anklagen gegen die Verlogen Dinter's erhoben und vor allem auf sein vor dem Rüge-erfahrenes eifriges Verhalten. Die Schmutzblätter sind gerufen, daß wegen seiner deutschfeindlichen Tendenz nach den Angaben von Dr. Ried in Frankreich großen Beifall gehabt haben soll. Dr. Ried hat kurze Zeit darauf der ehemalige Chef der Thüringischen Landespolizei und letzte Bernoldi-Führer Müller-Brandenburg das Landtagsgebäude betrat, um Dr. Dinter aufzufinden, wurde er im Wartezimmer von zwei kommunistischen Abgeordneten gestellt. Es wurde ihm vorgehalten, daß einer

wird, dem „Echo de Paris“ zufolge, mehr denn jemals von der Notwendigkeit einer Auflösung der Deputiertenkammer gesprochen.

Erneuter scharfer Frankensturz

× Berlin, 19. Juli. Der französische Franken, der sich am Sonntag von dem Tiefstand von 208 Franken für ein Pfund am Montage wieder etwas erholen zu wollen schien, ist heute erneut sehr scharf abgeglitten. Im Vormittagsverkehr wurde er mit 225 gegen London genannt, nach einem Kurs von etwa 11 Franken für eine deutsche Mark entspricht, oder anders ausgedrückt: der Franken, der einst etwa 80 Pf. galt, ist nur noch 9 Pfennig wert.

Beforgnis in Amerika

Abnehmende Haltung gegen die französischen Wünsche

Sonderfahrdienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

Washington, 19. Juli. (Durch United Press)

Der Rücktritt des französischen Kabinetts hat hier, schon nach den früheren Meldungen bereits damit gerechnet werden mußte, große Beforgnis ausgedrückt, die auch in der Presse, so weit diese dazu bereits Stellung genommen hat, zum Ausdruck kommt. Mit mehr oder minder scharfen Worten wird im Hinblick auf das Verhalten der Kammer betont, daß Frankreich aus den deutschen Erfahrungen nichts gelernt habe, und angesichts der Leidenswege, die es zu Ende gehen müsse, ehe es zur Vernunft komme. Im gleichen Maße wie der pessimismus über die französische Lage, wächst auch die Ablehnung der französischen Revisionen. „Wenn Frankreich sich nicht selbst helfen will, wie kann es da erwarten, daß ihm andere helfen?“ äußerte ein führender Senator gestern früh und gab damit, wie man in informierten Kreisen glaubt, den Standpunkt der Regierung wieder.

Der abnehmende Standpunkt der Regierung gegen die französischen Wünsche kommt auch sehr deutlich zum Ausdruck in dem gestern morgen veröffentlichten Antwortschreiben des Schatzsekretärs Mellon an einen offenen Brief des Vorkämpfers der Schuldenerlösbewegung Frederick Woodbury. Mellon lehnt darin einen allgemeinen Schuldenerlass ab und erklärt, daß Großbritannien keineswegs, wie Woodbury unterstellt habe, am Rande des wirtschaftlichen Abwärtsschlags stehe. Im Gegenteil sei England und mit ihm ganz Europa einer dauernden und glücklichen Wiederaufblühens näher als je seit Kriegsende. Weiter weist Mellon darauf hin, daß die deutschen Reparationszahlungen an Frankreich, England und Belgien die von diesen Ländern an die Vereinigten Staaten gezahlten oder vereinbarten Summen weit übersteigen. Diese Aushebungen Mellon, denen ein programmatischer Charakter beigemessen ist, haben hier im Hinblick auf die letzten Ereignisse in Frankreich großen Eindruck gemacht.

Stünige Zusammenkünfte in Speyer

× Speyer, 19. Juli. Der Rote Front-

kämpferbund hielt trotz polizeilichem Verbot am Sonntag unter Beteiligung der Gewerkschaften, Sozialisten und Dehnen in Speyer eine Versammlung ab. Die Polizei leitete einen Mann aufzusuchen. Die Polizei machte vom Sammeln ab. Die Versammlung wurde von Kommunisten geleitet. Die Versammlung wurde von Kommunisten geleitet. Die Versammlung wurde von Kommunisten geleitet.

Wie Caillaux fiel

„Das souveräne Parlament“

Telegramm unseres Korrespondenten

Paris, 19. Juli

Caillaux forderte von der Kammer rasche und endgültige Entscheidung. Er hat sie erhalten. Mit 398 gegen 318 Stimmen lehnte die Kammer es ab, in die Einzelberatung über das Ermächtigungsgesetz einzutreten. Nach diesem, fünfständigen Kampfe, in dem sich die Kabinettsmitglieder der Regierung recht mutlos und eingeschüchert erwies, fiel der Finanzminister, mit ihm brach das gesamte Kabinett Bruch, das genau 24 Tage lebendamer geholt hat, zusammen. Der Ministerpräsident verlor den Rest seines Prestiges. Für längere Zeit dürfte er aus der Reihe der Kabinettsmitglieder verschwinden.

Der „Sieger“ des Tages war der Kammerpräsident Herriot

Der sich zum Verteidiger der Rechte des Parlamentes aufwarf, die durch das Ermächtigungsgesetz gefährdet bedroht wurden. In diesem Zwecke verließ er seinen Präsidentenstand, trat in die Arena hinein und führte den Todesstoß gegen das Kabinett. Briand warf sich ihm entgegen, ohne sich jedoch ernstlich zur Wehr zu setzen. Es folgten Herriot, den „französischen Streik“ zwischen Kammerpräsidenten und Ministerpräsidenten“ nicht bis zum Ende zu führen — vergeblich! Herriot hat einen Frieden an, der mit Caillaux's Absetzung im politischen und moralischen Hinsicht gleichbedeutend gewesen wäre. Die Regierung wäre in diesem Falle gezwungen worden, ihren Sanierungspolizist zurückzugeben und sich dem Urteil der Finanzkommission zu unterwerfen. Auf diese Bedingungen konnten Briand und Caillaux natürlich nicht eingehen.

Schließlich blieben zu den Männern Herriot's die Nationalisten und Kabinettsminister

Eine aus Elementen der Rechten und Linken bunte gemischte Majorität, aus der sich eine Regierung am möglichsten herauszubilden läßt, stimmte schließlich gegen das Kabinett. Die verbleibenden Parteigruppen schlossen sich zusammen. Die Sozialisten unterführten Herriot, weil Caillaux ihnen nicht das geringste Zugeständnis in der Frage der Kapitalabgabe machte. Die Gruppe Painlevé ließ Caillaux aus dem gleichen Grunde im Stich. Die Gruppe Souverain lehnte die Vollmacht ab, weil Caillaux auf die vorhandenen Vermögen nicht höhere Lasten legen wollte. Die Poincaristen schließlich von Marin bis Bokanowski und weiter bis zu den Ultra-nationalisten hätten natürlich ebenso Caillaux sofort alle Vollmacht gemeldet. Einem Caillaux aber, der die Notwendigkeit einer Lösung der französischen Finanzkrise im Rahmen der internationalen Geldwirtschaft bestritt, einem Mann, der angeblich Frankreich der internationalen Hochfinanz auslieferen, mit Washington ein Schuldensabkommen schloß und dafür Kredite herausfordern wollte, einem solchen „Herriot“ zu verweigern sie jede Vollmacht, ist es auch noch so einseitig. Das Bündnis der Sozialisten und einiger linksrepublikanischer Gruppen mit diesen gefährlichen poincaristischen Doppelgängern läßt sich als eine Tat bezeichnen, die die elementarsten Gesetze parlamentarischer Taktik diametral entgegensteht. Auf Grund der Tat.

Die „souveräne Kammer“ hätte dem Kabinett die Finanzvollmacht nicht erteilt

wurde zwischen Parteien, deren innen- und außenpolitisches Programm die tiefsten Gegensätze aufweist, ein politisch unmöglicher Pakt geschlossen. Das einzige Ziel dieses Paktes war die Beilegung des Kabinetts Briand-Caillaux. Das ist aber etwas rein Negatives! Es ist sicher, daß sich die gleichen Parteien bei der Kabinettsübernahme über die Richtung einer neuen Regierung als Gegner wiederfinden werden. Das war am gestrigen Sonntag, dem ersten Tage der Ministerkrise, bereits klar zu erkennen. Natürlich wurde Herriot mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt. Er versuchte, seinen bei der letzten Krise geschaffenen Plan einer Einigung mit dem Poincaristen Marin und Bokanowski

fest zu verankern. Poincaré ist aus Compigny nach Paris abgereist und soll bereit sein, das Finanzministerium mit besonderen Vollmachten selbst zu übernehmen. „Ja wage diesmal, ins Feuer zu gehen!“ drückte er seinen Freunden, Marin, Bokanowski und Karben bewerteten sich um Ministerposten. Der frühere Bundeskanzler